

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 21.08.2008
Sitzung Nummer:	33 (KT/33)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzende/r

Angela Vogel
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Lothar Riedinger

Mitglieder

Günter Bartels
Arnold Bausemer
Ralf Berlin
Dieter Bolle
Gerhard Borstell
Edith Braun
Jürgen Emanuel
Arno Felser
Marcus Graubner
Petra Hoffmann
Gerhard Imig
Horst Janas
Brigitte Klemm
Uwe Klemm
Rüdiger Kloth
Dr. Michael Kühn
Wolfgang Kühnel
Bernd-Otto Leunig
MR Dr. Volkmar Lischka
Dr. Klaus-Jürgen Mörs
Klaus-Peter Noeske
Dr. Rudolf Opitz
Christine Paschke
Dr. Helga Paschke
Wolfgang Peller
Bernd Prange
Detlef Radke
Günter Rettig
Detlef Schattke
Gerd Schlaak
Waldemar Schreiber
Dr. Volker Stephan
Eckhard Stern
Bodo Strube
Norbert Tanne
Eike Trumpf

John Völtzke
Carsten Wulfänger
Peter Zimmermann

Protokollführer
Angela Vogel

von der Verwaltung
Jörg Hellmuth
Heinz-Jürgen Twartz

Abwesend:

Mitglieder

Ralf Bergmann	
Fritz Düsedau	
Dr. Manfred Kessel	entschuldigt
Lothar Krater	entschuldigt
Katrin Kunert	entschuldigt
Hans-Joachim Seeger	
Eduard Stapel	entschuldigt
Bärbel Voigt	

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 31. Sitzung des Kreistages Stendal am 19. 06. 2008 und der 32. Sitzung des Kreistages Stendal am 08. 07. 2008
- 5 Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 418
- 6 Antrag zur Nutzung des Wappens des Landkreises Stendal durch das Landeskommmando Sachsen-Anhalt im Rahmen der Katastrophenhilfe
Vorlage: 421
- 7 Anfragen und Hinweise

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 33. Sitzung des Kreistages.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Anfragen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt

- die ordnungsgemäße Ladung,
 - die Beschlussfähigkeit (40 stimmberechtigte MdK und der Landrat sind anwesend)
 - die fehlenden Mitglieder des Kreistages (siehe Anwesenheitsliste) und
 - die Tagesordnung
- fest.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 31. Sitzung des Kreistages Stendal am 19. 06. 2008 und der 32. Sitzung des Kreistages Stendal am 08. 07. 2008

Der Vorsitzende bemerkt, dass der öffentliche Teil der Niederschriften der 31. Sitzung vom 19.06.2008 und der 32. Sitzung des Kreistages vom 08.07.2008 festzustellen sind. Im Büro des Kreistages , beim Landrat und auch bei ihm sind keine Hinweise zu den Niederschriften eingegangen. Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen Die o.g. Niederschriften werden festgestellt.

zu TOP 5 Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 418

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Landrat weist darauf hin, dass heute noch eine Anlage zum Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK) übergeben worden ist. Diese Anlage war bereits Bestandteil eines HKK, hatte sich nicht geändert und wurde somit nicht an das neue HKK angehängt. Da sie jedoch zur Vorlage gehört, machte es sich erforderlich diese an Sie nachzureichen, um das Gesamtpaket beschließen zu können.

Er verweist auf die Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses in der vergangenen Woche. Hier wurde das HKK bereits intensiv beraten.

Das Hauptproblem aller ist nunmehr, ob das Zahlenwerk belastbar ist und ob wir die Kommunen mit der geplanten Kreisumlage nicht überfordern.

Vor der Sommerpause haben Sie mich beauftragt einen Kompromiss zu finden, um einerseits die Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und andererseits die Finanzkraft der gemeindlichen Ebene für die kommenden Jahre nicht zu überfordern.

Im Besonderen sind wir zur Zeit nicht in der Lage Zuschüsse an Dritte weiter zu geben. Auch Investitionsvorbereitungen für die nächsten Jahre können zur Zeit nicht vorgenommen werden. Ein Stichwort wäre hier z.B. die Schulbauförderrichtlinie.

In wie weit ist das HKK nun realistisch?

Grundlage des vorliegenden Zahlenmaterials sind Planungen im Rahmen der negativen demographischen und der konjunkturellen Entwicklung. Das statistische Landesamt hat eine konjunkturelle Entwicklung von 5 – 6 % prognostiziert. Wir haben jedoch nur 3 % bei unseren Planungen berücksichtigt.

Ein großer Posten, der eine Reduzierung bis zum Jahr 2016 beinhaltet, sind die Kosten der Unterkunft. In einer Gesprächsrunde mit dem Sozialamt haben wir uns mit der Problematik intensiv beschäftigt. Im Prinzip wurde lediglich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften über die Jahre um ca. 600 reduziert. Vor gut 3 Jahren hatten wir noch 1000 Bedarfsgemeinschaften mehr als heute. Die Unbekannte hier ist mehr die Höhe der Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Steigerung der Energiekosten nun erst einmal ihren Höchststand erreicht hat.

Ähnlich sehen wir das im Bereich der Jugendhilfe. Hier haben wir die Zuschüsse im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes. Über die Jahre sind die Reduzierungen nicht zu hoch und Grundlage der Berechnung bildete auch hier die demographische Entwicklung.

Ein weiterer großer Posten sind die Zuschüsse für den ÖPNV. Mittlerweile liegen Ergebnisse für das Jahr 2007 vor. Diese liegen unter der Planzahl. Es wurden 400,0 T€ weniger verbraucht durch den Leistungserbringer. Genau diese Ist-Zahl ist die Prognosezahl für die Jahre ab 2010.

Des Weiteren sind wir dabei, einen neuen Nahverkehrsplan zu erarbeiten. Hier sollen die Linienbündel optimiert werden und es wird die Neuvergabe der Konzessionen vorbereitet.

Freiwillige Leistungen sind auch immer wieder Thema. Einerseits haben wir in den vergangenen Jahren im Rahmen unserer Konsolidierungsbemühungen bereits viel geleistet, wenn ich z.B. an den Museumsverbund denke oder die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsförderung.

Der Gutachter, den wir Anfang des Jahres bemüht haben, hat uns bescheinigt, dass wir bei den Ausgaben der freiwilligen Leistungen weit unter dem liegen, was die Gerichte der jeweils klagenden Gebietskörperschaft zugestanden hatte.

Trotzdem haben wir die einzelnen Vorhaben beleuchtet und wollen nochmals reduzieren. Mit diesen Summen ist der Haushalt jedoch nicht zu konsolidieren.

Die Haupteinnahmequelle zum Abbau des Defizits ist jedoch die Erhöhung der Kreisumlage. Es sind nunmehr nicht die 50,1 %, die das Landesverwaltungsamt erlassen hatte, sondern ab dem Jahr 2009 sind es 48,1 %. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass wir die Kommunen des Landkreises nicht finanziell überfordern.

Ich habe in den vergangenen Tagen noch einmal mit der Aufsichtsbehörde Rücksprache genommen. Eine verbale und sachliche Begründung der Einsparpositionen ist erforderlich. Diese Begründungen werden wir dem Landesverwaltungsamt umgehend zur Verfügung stellen, wenn der Kreistag das HKK heute beschließt.

Ich habe in den vergangenen Wochen keine Möglichkeit ausgelassen, bei Mitgliedern der Landesregierung, bei Landtagsabgeordneten u.a. auf unsere Situation hinzuweisen.

Herr Rettig weist auf die DS-Nr.: 418 hin und bemerkt, dass den Mitgliedern des Kreistages nunmehr das 4. HKK für das Jahr 2008 und Folgejahre vorliegt. Die Entwürfe vom 21. Februar und 5. März 2008 gingen auch im Jahre 2016 noch von einem Fehlbetrag von 20,3 bzw. 19,8 Mio. Euro aus. Eine, seiner Auffassung nach, realistische Sicht der Dinge.

Der Entwurf vom 06. Mai 2008 ging durch die Erhöhung der Kreisumlage von einer Konsolidierung aus. Er wurde jedoch abgelehnt, weil wir mehrheitlich der Auffassung waren, dass Bund und Land sich aus der Verantwortung stehlen und unsere Kommunen nicht stärker belastet werden können.

Im Haushaltsjahr 2007 verfügten 11 von 126 Kommunen über keine Rücklagen. Sieben hatten bereits HKK's beschlossen und weitere 62 Gemeinden erreichten ausgeglichene Haushalte nur noch durch die Zuführungen vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt. Das sind deutliche Zeichen für eine beginnende Schwäche unserer Kommunen.

Was hat sich nun seit Mai und der Ablehnung des HKK geändert?

Hier wird verwiesen auf das Ergebnis der Jahresrechnung 2007 und die Erhöhung der Kreisumlage. Die anderen Positionen liegen mehr im spekulativen Bereich. Das sind Vorstellungen und Wünsche.

Wir gehen von sinkenden Ausgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialausgaben aus. Hier bis zum Jahr 2016 zu prognostizieren, allein aus der demographischen Entwicklung heraus ist wirklich spekulativ. Ich möchte ein Beispiel nennen. Für die Grundsicherung im Alter gehen wir in 2008 noch von einer Erhöhung der Ausgaben gegenüber 2007 aus. 2009 sollen diese Ausgaben dann gesenkt und bis 2016 eingefroren werden. Wer von Ihnen möchte über diese Brücke gehen? Es gibt seriöse Studien, die das eindeutig widerlegen. Nun gehe ich auf eine Studie von Jens Bullerjahn und Erwin SELLERING ein, welche am 20.03.2008 veröffentlicht wurde. In dieser Studie wird deutlich, dass je länger die Wiederherstellung der deutschen Einheit zurückliegt, um so mehr verlieren die kontinuierlichen Erwerbsbiographien für den Aufbau an Rentenansparungen an Bedeutung. Es wird von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlichem Lohnniveau gesprochen. Dadurch steigt das Risiko der Altersarmut. In der Studie wird nachgewiesen, dass allein von 2005 zu 2006 die Zahlen der Bezieher von Grundsicherung um 8,1 % gestiegen sind. Längerfristige Studien gehen durchschnittlich jährlich von einer Steigerung von 4,8 % aus. Nur diese 4,8 % hochgerechnet bis 2016 wären für den Landkreis Mehrausgaben in Höhe von 6,1 Mio. Euro.

Natürlich sind uns die Auswirkungen der Haushaltssperre, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, des Sports aber auch der Projektförderung in Vereinen, Verbänden und sozialen Einrichtungen nicht verborgen geblieben. Die Zeitungen haben intensiv darüber berichtet. In der Berichterstattung wird leider immer wieder vergessen, dass Bund und Land mit ihrer Finanzpolitik wesentlich Schuld sind an der permanenten Unterfinanzierung der Kommunen. Die Kürzungen der Mittel für den Kreissportbund und die Erhöhung der Kreisumlage sind der falsche Weg. Eine andere Finanzausstattung der Kommunen ist notwendig. Das vorliegende HKK stranguliert die Kommunen und man kann schon heute absehen, dass es dort ähnliche Auswirkungen haben wird, wie wir sie in den zurückliegenden Monaten im Kreis verfolgen konnten. Jedoch haben die Gemeinden nicht eine solche Lobby. Auch werden die Medien weniger darüber berichten.

Indem wir die Schulden an die Kommunen weiterreichen, wird die Situation zukünftiger Generationen nicht besser. Wir haben das Gefühl, dass die Haushaltskonsolidierung zu einem guten Ende geführt werden muss, damit die Damen und Herren im Landesverwaltungsamt ruhig schlafen können.

Wir sehen dieses Konzept nicht auf sicheren Füßen und werden deshalb mehrheitlich nicht zustimmen.

Herr Dr. Stephan verweist darauf, dass die Konsolidierung eine schwierige Aufgabe werden wird. In der Sitzung am 08.07.2008 haben wir konsequent darauf gedrungen, dass das HKK schnellstmöglich vorgelegt wird. Heute liegt es vor mit Zahlen, die auch belastbar sind. Es hat absolut keinen Zweck immer wieder auf den Bund und das Land zu schimpfen. Wir haben eine Zweistufigkeit der Finanzverwaltung und das Land und die Kommunen sind in einer gemeinsamen Stufe. Was die Finanzierungssalden anbelangt sind die des Landes wesentlich

schlechter als die der Kommunen. Die der Kommunen sind sogar positiv. Es liegt nichts näher für das Land als hier auf Gerechtigkeit zu drängen und Forderungen zu erheben, die eine Konsolidierung beinhalten. Man braucht nur die Zahlen zur Steuerkraftmesszahl anzusehen. Da sind Steigerungen enthalten. Es ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Das macht uns sicher, dass wir mit den Zahlen arbeiten können. Natürlich gibt es einzelne Fragezeichen. Ich weiß z.B. nicht, ob wir bereits im Jahre 2010 und hier z.B. im ÖPNV auskommen werden. Aber die Einsparungspotentiale sind aufgezeigt worden und müssen ausgeschöpft werden. Im Vordergrund steht heute eindeutig die Handlungsfähigkeit des Landkreises. Deshalb hat unsere Fraktion ihre Zustimmung gegeben und wird dem HKK heute zustimmen.

Herr Kühnel bemerkt, dass das HKK eigentlich Fehlbedarfsabbaukonzept heißen müsste. Denn wir müssen einen Fehlbedarf bis 2016 abbauen und wir konsolidieren überhaupt nicht. Das muss immer wieder hervorgehoben werden.

Er bezieht sich auf die Bemerkungen von Herrn Rettich und meint, dass seine Darlegungen eine Folge bestimmter Abläufe ist. Die Ursache dafür liegt darin, dass wir nun aus dem herauskommen müssen, was wir 1989 hier vorgefunden haben. Das ist die Grundursache für die vielfältigen negativen Entwicklungen. Die meisten Schulden die auch das Land aufgenommen hat waren nötig, um die Folgen von 40 Jahren Misswirtschaft zu beseitigen. Das darf nicht aus dem Gedächtnis der Leute verschwinden.

Wenn wir sehen, dass das Land so viel Schulden hat, dann wissen wir, dass es sich, auch im Hinblick auf die zukünftigen Generationen, nicht noch weiter verschulden darf. Wir müssen unsere Ausgabesituation unseren Möglichkeiten anpassen. Deshalb ist eine Vorgabe der Landesregierung hier letztendlich nur durch das Landesverwaltungsamt umgesetzt worden. Wenn wir zu negativ denken kommen wir nicht voran. Die Entwicklung wird, genau wie in den vergangenen 18 Jahren auch, positiv weitergehen. Nur wenn das Konzept so aufgeht, wie es der Landrat vorgestellt hat, dann haben wir überhaupt noch eine Chance handlungsfähig zu werden. Wir sind im Moment handlungsunfähig. Das zeigt uns, dass wir immer noch darauf angewiesen sind, dass Dritte über unser Handeln positiv entscheiden. Ich denke mir, dass im Landesverwaltungsamt unsere Bemühungen positiv anerkannt werden. Aber es heißt auch im Klartext, wenn die Zahlen nicht stimmen, dann kann es passieren, dass die Kreisumlage kommend nicht 48,1 % beträgt, sondern 50,2 % und mehr. Das heißt für uns, wir müssen alle Ausgabepositionen betrachten. Wir können uns nicht mehr alles leisten. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir dem Land bei der Funktionalreform helfen können. Denn auch durch diese kann Geld eingespart werden.

Unsere Fraktion will handlungsfähig werden und deshalb werden wir mehrheitlich dem HKK zustimmen.

Herr Berlin verweist noch einmal darauf, dass der Landkreis mit dem Land und den Kommunen in einem Boot sitzt. Wir haben die Verantwortung für die Kommunen. Wir müssen einen Mittelweg finden, dem Land genüge zu tun und die Kommunen nicht über Gebühr zu belasten. Unser Ziel muss es sein, unter 50 % bei der Kreisumlage zu bleiben.

Aus dem HKK ist das Positive zu nutzen. Wir helfen keiner Kommune, wenn wir nicht zustimmen. Wir helfen uns und den Vereinen auch nicht.

Wir machen es uns nicht einfach, aber wir haben für den Kreis Verantwortung und unsere Fraktion wird dem HKK zustimmen.

Frau Braun möchte sich den Vorrednern vom Grundsatz her anschließen. Sie wendet sich an Herrn Rettig und bemerkt, dass man an der Richtigkeit der Zahlen im HKK und der Statistik zweifeln kann. Aber wir haben Verantwortung einerseits für die Kommunen und andererseits für die Vereine. Jeder von uns, der in einem Gemeinderat oder in einem Stadtparlament sitzt, weiß genau, dass wir angreifbar sind. Wir haben alle Bauchschmerzen mit diesen Zahlen. Dennoch haben wir Verantwortung bewiesen, indem wir den ersten Haushalt abgelehnt haben, der die hohe Umlage beinhaltete. Mit dem vorliegenden HKK kann ich leben, auch unter dem besonderen Aspekt, dass wir heute über Wohl und Wehe von Vereinen und Jugendarbeit entscheiden. Gerade die Fraktion der Linken will immer die sozialste Partei sein und will, dass die Jugend vernünftig beschäftigt und erzogen wird. Dem widerspreche die Fraktion heute mit dieser grundsätzlichen Verweigerungshaltung. Das kann sie nicht nachvollziehen. Wenn ich etwas nicht will, dann muss ich Gegenvorschläge machen. Das vermisse ich im Beitrag von Herrn Rettig. Sie, Herr Rettig, zeigen Zahlen auf und bemängeln, dass das HKK nicht aufgeht. Mit dieser nicht konstruktiven Haltung können wir aber den Landkreis nicht führen. Wir haben uns wählen lassen, um unseren Landkreis nach vorne zu bringen und handlungsfähig zu sein.

Ich bitte alle die hier sitzen, heute diesem HKK zuzustimmen.

Herr Schattke bemerkt, um Missverständnissen vorzubeugen, dass er nicht für die Fraktion der CDU spricht.

Er bedankt sich beim Landrat, dass ein neues HKK vorgelegt wurde. Für ihn als Mitglied des Kreistages war es teilweise entmutigend, mit welcher Destruktivität hier mit dem Haushalt umgegangen wird. Er verweist auf eine der letzten Kreistagssitzungen und wendet sich mit dem Bemerkten an Frau Braun, dass ihre damalige Auffassung war, dass weitere Einsparungen nicht möglich sind und wir uns doch vom Landesverwaltungsamt regieren lassen sollten.

Diese Laudatio auf das Nichtstun ist für ihn unerträglich gewesen. Wir müssen nun langsam anfangen in die Haushaltsdebatte einzusteigen. Man müsste versuchen den Haushalt aufzuteilen. Es ist die Frage zu stellen was das Land bezahlt und was machen wir für die Kommunen. Vielleicht wäre es auch sinnvoll beim Personal einzusteigen und zu sagen in den und den Punkten machen wir dann Dienst nach Vorschrift. Dienst nach Vorschrift ist ein gängiger Begriff und hierbei wird eben entsprechend langsamer abgearbeitet. Ein weiterer Punkt sind die einzelnen Haushaltsstellen. Es hat Gespräche mit Ämtern gegeben, um zu sehen wo gewisse Sachen eingespart werden können. Ich habe diverse Vorschläge unterbreitet. Ein Vorschlag, den ich heute noch einmal nennen möchte, ist folgender: Was können Rechtsanwälte machen, was wir teilweise machen. Ich denke zum Beispiel an die Schuldenregulierung. Wenn wir kein Geld mehr an die Schuldenregulierungsstelle geben und die sich nunmehr nicht mehr finanzieren können, wer muss dann die Schuldenregulierung übernehmen? Das müssten dann die Rechtsanwälte tun. Die Frage ist nunmehr, wer das im Einzelnen bezahlen muss. Es gibt Beratungshilfe und es gibt Prozesskostenhilfe. Das sind Gelder, die vom Land zu bezahlen sind. So müsste man den Haushalt im Einzelnen durchgehen, um weitere Einsparpotentiale zu finden.

Ich spreche auch den Aufwand des Rechnungsprüfungsamtes an. Ich hatte nachgefragt nach den Personalausgaben. Wer etwas benutzt oder benutzen muss, der muss es auch bezahlen. Ist es so, dass 261,5 T€ auf den Kreis entfallen? Die Antwort ist man mir noch schuldig. Ein weiterer Punkt. Meines Wissens nach soll ab Ende des Jahres der fließende Verkehr nicht mehr vom Kreis überprüft werden. Wir schieben einige Dinge einfach viel zu lange vor uns her. Ich habe bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass die Kreisumlage erhöht werden muss. Ich bin für die Umlageerhöhung wie vorgeschlagen. 50,1 % halte ich auch für zu hoch. Man müsste mir erklären, welche Aufgaben wir für die Kommunen übernommen haben.

Er verweist darauf, dass wir versuchen sollten eine Klage vorzubereiten. Wenn wir sie jetzt auch nicht einreichen wollen, so sollte man jedoch Vorbereitungen treffen. So weit ich weiß ist beabsichtigt, den kreisfreien Städten aus dem Topf mehr Geld zu geben. Wir sind ein Flächenkreis. Der Flächenfaktor wurde abgeschafft zum Nachteil des Landkreises Stendal. Man hätte da vielleicht klagen können. Man hätte klagen können als 2007 in das FAG eingegriffen wurde, man hätte klagen können als Hartz IV, Kosten der Unterkunft, auf uns zukamen. Jeder Unternehmer, der in der Krise steckt, verhält sich nicht so, wie wir es hier machen. Wir wollen Handlungsfähigkeit. Ich sehe die Handlungsfähigkeit auf Dauer jedoch nicht gegeben. Ich sage Ihnen, dass 2016 die Null nicht dort stehen wird. Ich glaube spätestens 2010 haben wir wieder ein neues HKK. Wir häufen ständig neue Schulden an. Wenn ein Vater seinen Kindern ein derartiges Erbe hinterlassen würde. Es würde doch kein Vater versuchen Kinder in die Insolvenz zu treiben, nur weil er nicht ordentlich wirtschaften kann. Aber wir tun das. Wir müssen viel konsequenter herangehen, um den Haushalt auszugleichen. Sozial ist was Arbeit schafft, aber unsozial ist, was Schulden macht.

Herr Rettig bemerkt, dass im März der Haushalt und das HKK knapp beschlossen wurde. Im Mai wurde es abgelehnt mit den von mir aufgeführten Gründen und es wurde angestrebt zu klagen. Dann ist das eingetreten was Herr Berlin gesagt hat. Dann hat das Land gezeigt, wer am längeren Hebel sitzt und hat mit der Zwangsmaßnahme dafür gesorgt, dass vor allem in der Kinder- und Jugendpolitik, gerade im Bereich Kinder- und Jugendarbeit über die Sommerferien unwahrscheinliche Defizite aufgetreten sind. Die Verfahrensweise hat einen ausschließlich erpresserischen Charakter, indem uns das Landesverwaltungsamt gezeigt hat, wer am längeren Hebel sitzt. Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung nichts mehr zu tun.

Mit den 40 Jahren DDR und den Schulden, Herr Kühnel - gehen Sie mal in Haushalte und nehmen Sie ausschließlich die Kosten der Unterkunft. Dann wissen Sie, dass die reduzierten Zuschüsse des Landes und die reduzierten Zuschüsse des Bundes dafür sorgen, dass wir jährlich mehrere Millionen Euro Fehlbedarf anhäufen. Das können Sie nicht auf die DDR schieben und nicht auf die LINKE.

Frau Braun wendet sich an den Vorsitzenden des Kreistages und bemerkt, dass mit dem heutigen Beschluss des HKK die Einforderung weiterer Rechte nicht ausgeschlossen wird. Wer hindert uns daran, trotzdem die Klage zu führen. Ich unterstelle, dass wir die Klage trotzdem weiter verfolgen im Hinblick auf die bessere Finanzausstattung des Landkreises.

Es bestehen keine weitere Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Kreistages lässt die DS-Nr.: 418 abstimmen.

Bei 4 Gegenstimmen und 10 Stimmenthaltungen wird das HKK mehrheitlich beschlossen.

**zu TOP 6 Antrag zur Nutzung des Wappens des Landkreises Stendal durch das Landeskommando Sachsen-Anhalt im Rahmen der Katastrophenhilfe
Vorlage: 421**

Es bestehen keine Anfragen.

Der Vorsitzende lässt die DS-Nr.: 421 abstimmen.
Die Vorlage wird vom Kreistag einstimmig beschlossen.

zu TOP 7 Anfragen und Hinweise

Es bestehen keine Anfragen und Hinweise.